DÜSSELDORF

Guten Morgen

Die Sache mit dem Schnelltest

Motz

Mit dem lieben alten Kumpel habe ich schon viel erlebt – und das nicht nur im Karneval. Aber auch nach all den Jahren schlägt sein Herz immer noch sehr kräftig für seinen Heimatverein. Und so hatte er nach einem internen Vereins-Sommerfest eine tolle Idee, um die Tanzgarde dazu zu motivieren, vor dem nächsten Training Corona-Selbsttests zu machen. Also machte er selbst einen Test, fotografierte den Teststreifen und schickte das Bild mit einem launigen Text an alle Mitglieder.

Hätte er bloß mal vorher die Brille aufgesetzt. Erst als die ersten Rückfragen von Mitgliedern kamen, die wissen wollten, ob er sie auf den Arm nehmen wolle, hat er richtig hingeschaut und das Foto groß gezogen. Da waren doch glatt zwei rote Streifen zu sehen. Nun sitzt er mit leichtem Schnupfen in der heimischen Quarantäne und lacht sich über sich selbst kaputt. Und darüber, dass er sein Ziel auf ungewöhnliche Weise erreicht hat: Denn natürlich haben sich alle Mitglieder ganz schnell auch getestet. Bislang gibt es allerdings keinen weiteren bekannten Fall im Verein.

Schwere Zeiten für Düsseldorfs Mieter

Mieterverein empfiehlt, wenn möglich jetzt schon höhere Abschlagszahlungen zu vereinbaren

Sebastian Besau

Der Anstieg der Nebenkosten wird auf der Abrechnung für 2022 gewaltig. ANDREA WARNECKE / DPA-TMN

Die Inflation in Folge der steigenden Energiepreise bedeutet für viele Düsseldorfer jetzt schon finanziellen Druck. Doch ein besonders harter Schlag kommt im nächsten Jahr auf Mieter zu: „In den Betriebskostenabrechnungen für 2022 werden sich die enormen Preissprünge zeigen, die seit dem Ukrainekrieg passiert sind“, warnt Hans-Jochem Witzke, Vorsitzender des Düsseldorfer Mietervereins und des Deutschen Mieterbundes NRW. Diese dürften gewaltig werden, warnt, er. So könnte auf eine vierköpfige Familie auch eine Erhöhung von 2000 Euro warten.

„Für Vermieter bedeuten die höheren Energiepreise jetzt schon einen Liquiditätsverlust“, so Witzke. Aber: Zu höheren Abschlagszahlungen können diese ihre Mieter nicht verpflichten, sie können sie lediglich empfehlen. Doch was auf kurze Sicht vielleicht unliebsam ist, kann Mietern in dieser Lage auch zu Gute kommen: „Wer einen seriösen Vermieter hat – und das ist glücklicherweise die Mehrheit der Vermieter – kann mit diesem vereinbaren, jetzt den Abschlag zu erhöhen.“ So kann der schwere Schlag mit der nächsten Betriebskostenabrechnung vermieden werden. Ansonsten können Mieter natürlich auch selbst anfangen, Rücklagen zu bilden, um sich auf die enorme Zahlung, die auf sie zu kommt, vorzubereiten, empfiehlt der Mietervertreter. Klar sei dabei: Für diejenigen die schon „von der Hand in den Mund“ leben müssen, seien diese Maßnahmen kaum eine Option. Sie treffe die Lage am härtesten.

Betriebskostenabrechnungen sollten grundsätzlich, aber besonders vor dem aktuellen Hintergrund genau überprüft werden, empfiehlt Witzke. Wer das nicht selbst kann, könne sich damit an den Mieterverein wenden. „Wir sehen häufig, dass Betriebskostenabrechnungen fehlerhaft sind – meistens zum Nachteil der Mieter!“

> „Wer einen seriösen Vermieter hat, kann mit diesem vereinbaren, jetzt den Abschlag zu erhöhen.“
>
> **Hans-Jochem Witzke,** Vorsitzender des Mietervereins Düsseldorf

Mieterhöhung durch Inflation?

Warnungen vor höheren Mieten durch die aktuell hohe Inflation weist Witzke zurück. Gewarnt hatte etwa Vonovia-Chef Rolf Buch im Juni, der allerdings seine damaligen Aussagen mittlerweile relativiert hat. „Grund für eine Mieterhöhung gibt es durch die Inflation nicht“, so Witzke. Die gestiegenen Energiepreise werden über die Betriebskostenabrechnung auf die Mieter „abgewälzt“, direkt aufkommen müsse der Vermieter für weniges, etwa Reparaturen, erklärt Witzke. „Da müssten Vermieter erst einmal nachweisen, wo genau sie jetzt höhere Kosten haben.“ Auch gestiegene Zinsen seien kein Grund. „Die meisten haben langfristige Mietverträge.“ Dass sich jetzt viele Vermieter mit deutlich höheren Zinsen umschulden, hält er nicht für realistisch. Auch bei Mieterhöhungen empfiehlt Witzke, ihre Rechtmäßigkeit durch den Mieterverein prüfen zu lassen.

41 Kitas betroffen von Kürzungen des Ministeriums

Das Bundesinnenministerium hat das Ende des Bundesprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ verkündet. Das ärgert den Düsseldorfer Bundestagsabgeordneten Thomas Jarzombek. Denn: „41 Kitas in Düsseldorf konnten in den vergangenen Jahren an dem sehr erfolgreichen Programm teilnehmen, das die CDU 2016 ins Leben gerufen hat. Mitten im Flüchtlingszuzug aus der Ukraine werden die Kinder, die Erzieherinnen und Erzieher und die Eltern im Stich gelassen“, so Jarzombek. Vor allem fehlende sprachliche Kompetenzen hätten Kindern in der Vergangenheit den weiteren Bildungsweg und damit den späteren Einstieg ins Erwerbsleben erheblich erschwert. „Betroffen sind vor allem Kinder aus sozial benachteiligten Familien und Familien mit Migrationshintergrund. Deshalb ist es geradezu ein Skandal, ausgerechnet hier zu kürzen“, so Jarzombek.

Das Programm „Sprach-Kitas“ des Bundesfamilienministeriums fördert seit 2016 die Verbesserung der Angebote sprachlicher Bildung als Teil in der Kindertagesbetreuung. Mittlerweile ist jede achte Kita in Deutschland eine Sprach-Kita. Das Programm hat ein Volumen von 1,1 Milliarden Euro. Mit jährlich 25.000 Euro können die Kitas zusätzliche Fachkräfte einstellen, die sich speziell um die sprachliche Bildung kümmern.

Rudas Studios: Jetzt ermittelt der Staatsschutz

Nach einem mutmaßlich rassistischen Angriff vor einem Düsseldorfer Club (NRZ von gestern) hat nun der Staatsschutz die Ermittlungen aufgenommen. In der Nacht zu Sonntag sollen mehrere Türsteher der Diskothek Rudas Studios zwei Gästen aufgrund ihrer Hautfarbe den Eintritt verwehrt, sie angegriffen und verletzt haben. „Das ist kein Club für Schwarze“ sollen die Türsteher gesagt haben, so eines der Opfer. Der junge Mann hatte den Vorfall bei Instagram veröffentlicht und Fotos aus dem Krankenhaus online gestellt. Demzufolge hat er einen doppelt gebrochenen Kiefer und zwei abgebrochene Zähne. Auf den Post haben mittlerweile fast 100.000 Menschen reagiert.

Die Polizei war in der Nacht vor Ort und hat Ermittlungen eingeleitet, jedoch zunächst nicht wegen eines rassistischen Motivs. Denn die Begründung, dass es „kein Club für Schwarze“ sei, hatte in der Anzeige zunächst keine Rolle gespielt. Das hat sich nun geändert: Mittlerweile hat auch der Staatsschutz wegen des Rassismus-Vorwurfs die Ermittlungen aufgenommen.

Zudem ermittelt der Staatsschutz, weil die Fassade des Clubs beschmiert wurde. Das sei offenbar eine Reaktion auf die Rassismus-Vorwürfe gegen die Türsteher, so die Polizei. Der Geschäftsführer des Clubs im Hafen hatte angekündigt, den Vorfall aufzuarbeiten und Konsequenzen für die Türsteher folgen zu lassen, sollten sich die Vorwürfe bestätigen. *veke*

Flughafen-Arbeiter zeigen IS-Geste

Die drei Männer wurde entlassen

Auf einem Foto posieren drei Mitarbeiter auf dem Vorfeld des Flughafens Düsseldorf mit nach oben gerecktem Zeigefinger – dem Gruß der Terrororganisation Islamischer Staat (IS). Die Bundespolizei reagierte sofort und sperrte die Flughafen-Ausweise der drei in Deutschland geborenen Männer mit Migrationshintergrund. So haben sie keinen Zugang mehr zum Sicherheitsbereich des Flughafens. Auch ihre Jobs waren sie direkt los, wie die Bild berichtet.

Das Foto kursiert im Internet und wurde einem Video entnommen, dass auf der Plattform Tiktok bereits Ende Juni veröffentlicht wurde.

Der Flughafen Düsseldorf bestätigt den Vorfall auf NRZ-Anfrage, betont jedoch, dass es sich nicht um Angestellte des Flughafens selbst handele. Es seien „Beschäftigte eines am Standort Flughafen tätigen Dienstleisters“.

Laut Polizei wurden bereits zwei der Männer in ihren Wohnungen aufgesucht und Gefährderansprachen durchgeführt. Der Dritte sei derzeit im Urlaub. Die Polizei wird zum Beispiel bei Extremisten und Hooligans vorstellig. Damit wollen die Beamten signalisieren, dass man die Person auf dem Schirm habe und dass sie die Gedanken, die sie möglicherweise hat, bloß nicht in die Tat umsetzen solle. Die Gefährderansprache ist also eine präventive Maßnahme, um eine mögliche spätere Straftat zu verhindern.

„Kein Straftatbestand“

Laut Polizei ist das Zeigen dieser Geste in Deutschland allerdings keine Straftat. Die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf führt keine Ermittlungen in dem Fall, sagte ein Sprecher der Nachrichtenagentur dpa. Denn das Zeigen des erhobenen Zeigefingers erfülle keinen Straftatbestand. *NRZ/dpa*

Anzeige